

Chile: Treffen von Amnesty International mit Präsident Gabriel Boric zu Menschenrechtsanliegen

Pressemitteilung vom 25. April 2022

Eine Delegation von Amnesty International traf sich heute mit Präsident Gabriel Boric, um die Menschenrechtssituation im Land zu besprechen und ein [Dokument](#) zu überreichen, das die Schwerpunktthemen in der Agenda für den Dialog zwischen der chilenischen Regierung und der Organisation aufzeigt.

Die Delegation wurde von Erika GuevaraRosas, Amnestys Direktorin für die Amerikas, und Rodrigo Bustos, Exekutivdirektor von Amnesty International Chile, angeführt. Die mit Präsident Boric besprochenen Schwerpunktthemen umfassten: Zugang zur Justiz und Polizeireform, reproduktive und sexuelle Rechte, Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, Ungleichheit in Bezug auf das Recht auf Gesundheit und Chiles Rolle hinsichtlich des Menschenrechtsschutzes in der Region – insbesondere im Hinblick auf die Menschenrechtskrise in Venezuela. Ebenfalls anwesend waren die Ministerin (Justiz und Menschenrechte) Marcela Ríos und die Außenministerin Antonia Urrejola.

“Die Regierung um Präsident Boric hat die historische Gelegenheit, Rechtsstaatlichkeit ins Zentrum staatlicher Maßnahmen zu rücken und das klägliche Erbe der vorherigen Regierung bezüglich der ernstesten und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen während der sozialen Proteste, hinter sich zu lassen”, so Rodrigo Bustos.

Wir begrüßen die Bereitschaft der neuen Regierung, Verantwortung für ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen zu übernehmen und diesbezüglich eine führende Rolle auf internationaler Ebene einzunehmen. Die Regierung von Präsident Boric hat die Chance, eine effiziente Form der Zusammenarbeit, basierend auf Menschenrechtsschutz, zu demonstrieren. Auf dem Kontinent mit der weltweit größten Ungleichheit müssen sich der chilenische Staat und die anderen Staaten in der Region auf eine gerechte Aufarbeitung konzentrieren, die niemanden auslässt,” sagte Erika GuevaraRosas.

Während des Treffens versprach Präsident Boric, offen für eine ständige Zusammenarbeit zu sein und die Menschenrechtsagenda als Säule seiner Regierungspolitik zu bewahren. Als Antwort auf die Bedenken von Amnesty International aufgrund des Mangels einer umfassenden Politik der Wiedergutmachung, bekräftigte der Präsident seine Bereitschaft, sicherzustellen, dass Opfer von Menschenrechtsverletzungen von zentraler Bedeutung für die vorrangigen Maßnahmen seiner Regierung sind.

Er blieb auch bestimmt in seiner Überzeugung einen anderen Führungsstil auszuüben und die Menschenrechtskrisen in der restlichen Region unabhängig von den Interessen der amtierenden Regierungen zu verurteilen.

Die Delegation traf sich an diesem Morgen auch mit der Gesundheitsministerin, Dr. María Begoña Yarza Sáez, um ihr den neuen Bericht von Amnesty International in Zusammenarbeit mit dem Centre for Economic and Social Rights (CESR) vorzustellen.

Der Bericht “Ungleich und Tödlich: Fünf wichtige Maßnahmen zur Überwindung der durch die Pandemie in Lateinamerika und der Karibik ausgelösten Menschenrechtskrise”, wird am 27. April 2022 veröffentlicht. Die Delegation wird sich in dieser Woche ein weiteres Mal mit der Außenministerin, Antonia Urrejola, treffen.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Duncan Tucker (Amnesty International Americas): duncan.tucker@amnesty.org

Ilsen Jara (Amnesty International Chile): ilsen.jara@amnistia.cl